



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 190. Ratssitzung vom 19. März 2022

5128. 2021/145

#### **Postulat von Christina Schiller (AL) und Luca Maggi (Grüne) vom 31.03.2021: Aufhebung der «Beweissicherungs- und Festnahmeinheit» (BFE) der Stadtpolizei**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3800/2021): Markus Merki (GLP), ich weiss nicht, warum du so ausfällig wirst. Ich würde dir zum Schutz deiner Psyche raten, den Raum zu verlassen, weil ich noch einmal ein Votum halte. Der Ratspräsident hätte durchaus intervenieren können, wenn einem Ratsmitglied psychische Irrungen vorgeworfen werden. An die Adresse von Martina Zürcher (FDP): Ich habe als Präsident der Jungen Grünen vor einigen Jahren die Möglichkeit erhalten, eine solche Nachtpatrouille zu begleiten und habe diese Gelegenheit wahrgenommen. Ich bin nicht verschlossen, die Erfahrung hat mein Bild der Polizei aber nicht gerade in eine positive Richtung verändert. Der vorliegende Vorstoss baut auf dem vorangehenden auf. Ich werde mich deswegen kurzhalten, aber sicher nicht wegen der Kritik der Bürgerlichen auf das Votum verzichten. Mit dem vorliegenden Vorstoss verlangen wir die Aufhebung der BFE der Stadtpolizei oder eine Beschränkung ihrer Einsätze auf Ausnahmefälle, die in öffentlichen Richtlinien geregelt werden. Es geht dabei um die Verhältnismässigkeit, um das Bild, das die Polizei abgibt und um den Beitrag der Polizei zu Eskalation oder Deeskalation. Die BFE existiert seit 2005, seit 2017 tritt sie als klar beschriftete Einheit auf. Durch diese Beschriftung soll die BFE besser als «taktische Einheit» erkannt werden. Das liess die Stadtpolizei vergangenes Jahr verlauten. Diese klare Beschriftung lässt aber auch ein immer aggressiveres Auftreten der BFE beobachten. Ein Polizist bezeichnete die BFE im Tagesanzeiger als «Rambo-Truppe». Im vergangenen Jahr kam es rund um die Frauenrechts-Demo am 6. März 2021 zu schweren polizeilichen Übergriffen. Mittendrin war die BFE. Dasselbe gilt für zahlreiche andere Kundgebungen der vergangenen Jahre. Augenfällig ist, wenn zuerst die Demonstration und dann das Eingreifen der Polizei aus dem Ruder läuft. Interessant ist, dass nach den Vorkommnissen vom 6. März 2021 auch interne Kritik an der BFE laut wurde. Diese Kritik fängt bereits bei der Ausrüstung an, die laut denen, die sie tragen, ein aggressiveres Auftreten bedingt und den Auftritt der BFE unnötig bedrohlich mache. Diese Kritik stiess intern offenbar allerdings nicht gerade auf offene Ohren. Auch die BFE steht deshalb für eine weitere Militarisierung der Polizei. Denn ihr Auftrag ist, an Demonstrationen gezielt Menschen aus einer Gruppe zu holen und sich unter die Demonstrierenden zu mischen, um Beweismaterial zu sammeln. Das Vorgehen ist also gezielt und gewaltsam, weshalb die BFE oft Anstoss für Eskalationen ist. Das ist das Gegenteil des Auftrags der Stadtpolizei. Vor einigen Jahren wurde der Einsatz von Gummischrot damit gerechtfertigt, dass die Polizei in Zürich nicht in aggressive Nahkämpfe involviert ist. Genau das ist die BFE nun aber. Diese Argumentation für Gummischrot ist eine billige Ausrede. Die Polizeien in*



2 / 4

*der Schweiz gehören zu den letzten in Europa, die Gummischrot einsetzen. Die Stadtpolizei hat Wasserwerfer, Tränengasgranaten, einen Pfefferspraykärcher, Überwachungsbusse und -kamas. Dazu kommt die Stosstruppe BFE, die sich durch Demonstrationen prügelt. Soll so in Zürich Deeskalation funktionieren? Die Frage danach, wer den ersten Stein geworfen hat, ist müssig. Ich erwarte vom Staat, dass er sein Handeln kritisch hinterfragt, wenn auch erst nach Aufforderung. Die Grünen wollen keine Polizei, die sich stetig aufrüstet. Denn Konflikte lassen sich nicht mit Gewalt lösen. Deswegen braucht es die BFE nicht.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** *Zur BFE gehören Stadtpolizisten und Stadtpolizistinnen aus verschiedenen Kommissariaten. Es handelt sich um eine Art Nebenamt, wofür man sich bewerben und ausbilden lassen kann. Einer der Polizisten, die heute den Rat bewachen, hat sich für ein solches Nebenamt beworben und arbeitet sonst auf der Wache in Oerlikon. Die BFE wird durch einen Offiziersstellenvertreter geführt. Die Mitarbeitenden werden neben der Strategie Dialog, Deeskalation, Durchgreifen auch spezifisch für den Ordnungsdienst-Einsatz geschult. Die Einsatzeinheiten für die speziellen Einsatzszenarien sind beispielsweise für die Fantrennung im Stadion, für die Unterstützung der Rettungskräfte im Ordnungsdienst oder für die Arretierung gefährlicher Täter innerhalb einer Menschenmenge gedacht. Die Einsatztaktik basiert dabei jeweils auf den Lehrmitteln des schweizerischen Polizeiinstituts. Laut Begründung geht das Postulat auch auf die Berichterstattung zum Vorfall an der Frauendemonstration vor einem Jahr zurück. Auf den Bildern dazu sieht man Polizistinnen und Polizisten. Mitglieder der BFE waren aber nicht direkt involviert. Diese waren da, um das Umfeld zu sichern. Das war ihr Auftrag. Die BFE ist für die Stadtpolizei ein wichtiges taktisches Mittel im sogenannten unfriedlichen Ordnungsdienst, also beispielsweise, wenn an Veranstaltungen mit gewaltbereiten Personen gerechnet wird. Alle grösseren Polizeikorps in der Schweiz verfügen über eine solche Einheit.*

Weitere Wortmeldungen:

**Derek Richter (SVP):** *Die BFE ist heute nötiger denn je. Sie hat Kenntnis ihres Klientels, kennt die Kommunikation und die Strategie von Gewaltdemonstranten aus dem ultralinken Milieu, von Hooligans und anderen Extremisten. Es handelt sich bei der Arbeit für die BFE um eine körperlich, psychisch und mental sehr anstrengende Tätigkeit. Dank der BFE können Alphaner dingfest gemacht werden, es können Schäden an Infrastruktur und Personen vermieden werden. Um das zu erreichen, geht die BFE in die gegnerische Wand. Das ist auch richtig, weil sie so den Rädelsführern und Steinwerfern entgegenzutreten kann. Das haben wir am 15. Februar 2022 am Derby im Letzigrund gesehen, wo die BFE eingeschritten ist. Sie ist regelmässig vor Ort, wenn sie gebraucht wird, sei es bei bewilligten oder unbewilligten Demonstrationen. Die angesprochene Kennzeichnung der BFE ist sehr sinnvoll, weil die Leute mindestens 50 Meter Abstand halten, wenn sie die BFE sehen. Weiter als 50 Meter kommt ausserdem auch kein Gummischrot. Ein Versuch, mit der BFE zu kämpfen, kann schmerzhaft werden. Unsere Polizeikräfte setzen Tag für Tag zum Wohl der Bevölkerung Leib und Leben aufs Spiel. Dabei*



*brauchen sie Unterstützung und keine solchen Vorstösse. Hier muss ich ein Gericht kritisieren, das sagte, dass Gewalt leider zum Polizeialltag gehöre. Das ist falsch. Wenn Sie in Ihrem Beruf jeden Tag zunehmend mit Beschimpfungen konfrontiert werden oder gar tätlich angegriffen werden, dann müssen Sie sich das nicht gefallen lassen. Sicher nicht! Wenn ein Gericht eine solche Aussage macht, muss ich mich für meinen Namen schämen.*

**Andreas Egli (FDP):** *Wir führen hier eine bemerkenswerte Diskussion. Bemerkenswert ist, dass Parteien, die mehrheitlich im Stadtrat vertreten sind, der Polizei ein durchaus sinnvolles Mittel wegnehmen wollen. Die Darstellung, dass die Frauenrechtsdemo ein friedlicher Anlass war, der allein wegen der Polizei aus dem Ruder lief, ist revisionistische Geschichtsklitterung, wenn auch im Kleinen. Wenn geltend gemacht wird, dass Situationen eskalieren, weil die Polizei mit Körperschutz unterwegs und mit Kampfmontur ausgerüstet ist, erinnert das schwer an Wladimir Putins Rechtfertigung für den Krieg gegen die Ukraine. Das Argumentationskonzept ist dasselbe. Das ist bedenklich. Sachlich höre ich: Die Linke will nicht, dass an Demonstrationen von Gesinnungsgenossen Rädelsführer, Aufrührer, Kleinkriminelle und Hobbyterroristen festgenommen werden. Wenn das nicht der Beweggrund ist, dann ist das Ziel, dass schlecht ausgebildete Leute diesen Job übernehmen. Gefährlicher als wenn das ausgezeichnet ausgebildete Leute machen, die darauf spezialisiert sind, wird es in jedem Fall, wenn Sie überforderte Leute haben, die in ein Handgemenge geraten, ohne dies gewohnt zu sein. Wenn die Grünen und die AL das möchten, sollen sie das sagen. Es handelt sich um einen von A bis Z sinnlosen Vorstoss. Es hiess vorher, dass lediglich eine Diskussion geführt werden soll. Das wird aber nicht verlangt, verlangt wird die Auflösung dieser Einheit. Um lediglich eine Diskussion zu führen, hätte eine Interpellation gereicht.*

**Peter Anderegg (EVP):** *Wenn man der Argumentation der Postulanten folgt, entsteht der Eindruck, dass diese gewissen romantischen Vorstellungen in Bezug auf Demonstrationen nachhängen. Laut Aussagen der Postulanten geht die Aggression von der Polizei aus, während die Demonstrantinnen und Demonstranten friedlich sind. Es gibt aber unterschiedliche Demonstrationen. Es gibt friedliche Demonstrationen, es gibt aber auch Demonstrationen an Sportanlässen oder Kundgebung von Links- oder Rechtsextremen, bei denen sich aggressive Gruppierungen in der Masse verstecken und aus der Masse heraus Unheil anrichten. Das ist eine Tatsache. Wenn diese Postulate umgesetzt werden, bedeutet das, dass rund 50 Leute, die heute an den Ordnungsdiensten eingesetzt werden, solche Einsätze nicht mehr leisten dürfen. So wird Personal reduziert. Das vorliegende Postulat will verhindern, dass bei gewalttätigen Demonstrationen effektiv gegen diese gewalttätigen Gruppierungen vorgegangen werden kann.*

**Severin Meier (SP):** *Die SP-Fraktion stimmt diesem Postulat zu. Wir tun das, weil wir nicht über eine Motion sprechen, die einfach die Aufhebung der Einheit fordert. Sondern das Postulat enthält auch die Möglichkeit, einfach die Einsätze klarer zu benennen. Ohne diese Möglichkeit hätten wir dem Ansinnen nicht zugestimmt. Es geht uns darum, noch einmal über die Bücher zu gehen was den Einsatz der BFE angeht und die Ausnahmefälle, in denen die BFE gebraucht wird, klar zu definieren.*



4 / 4

Das Postulat wird mit 65 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat